

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU Datenschutz-Grundverordnung (EU DSGVO) (Stand 12.07.2018)

Sehr geehrte Klientin, sehr geehrter Klient,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck im Zentrum für Familienplanung personenbezogene Daten erhoben, gespeichert oder weitergeleitet werden. Dieser Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Name und Anschrift der Verantwortlichen Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, 14160 Berlin

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten (DSB) als Verantwortlicher

Herr Haberecht, Tel. (030) 90299-7220, E-Mail: datenschutz@ba-sz.berlin.de
Postanschrift: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, 14160 Berlin
Dienststz: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung von personenbezogenen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum) sowie festgestellter Symptome, Diagnosen, Ihrer Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztlicher Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung etc. erfolgt in Form einer Papierakte, teilweise auch elektronisch. Außerdem wird die hier eingehende Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen oder Bescheide) archiviert.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den folgenden gesetzlichen Grundlagen, nach denen wir als Beratungsstelle des Gesundheitsamtes tätig sind, v.a.: Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), Sozialgesetzbuch (SGB I, SGB V, SGB VIII, SGB XII), Schwangeren- und Familienhilfegesetz, Schwangerschaftskonfliktgesetz, Mutterschutzgesetz, Strafgesetzbuch § 218 ff., Gendiagnostikgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz. Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55–63), aus § 630 f. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung an Dritte (z.B. an Ihren behandelnden Arzt / Klinik, an das Sozialamt oder an die Stiftung) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden. Dies trifft sehr selten zu, wenn etwa ein gesetzlicher Notstand gemäß § 34 Strafgesetzbuch (StGB) vorliegt, Straftaten nach §138 StGB verhindert werden sollen oder eine Meldung im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes erfolgt (BKisSchG).

Je nachdem welche Beratungsleistung Sie in Anspruch nehmen, werden unterschiedliche Daten erhoben. In einigen Beratungssituationen ist auch eine anonyme Beratung möglich.

Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung ist i.d.R. Voraussetzung für Ihre Beratung und Behandlung. Werden die notwendigen Informationen nicht bereitgestellt, kann eine sorgfältige medizinische Behandlung nicht erfolgen oder entsprechende Anträge nicht gestellt werden. Des Weiteren sind die erhobenen Daten für die Organisation der Beratungsstellen erforderlich.

Die Weitergabe von statistischen Angaben für die Öffentlichkeit (z.B. Gesundheitsberichterstattung) erfolgt ausschließlich in der Form von anonymisierten Summenwerten.

Dauer der Speicherung

Für die im Zentrum für Familienplanung erhobenen Daten und Papierakten gelten entsprechend den o.g. rechtlichen Regelungen nach letztem Kontakt Aufbewahrungsfristen von 10 Jahren (ärztliche Berufsordnung) bzw. 3 Jahren bei personenbezogenen Daten, die im Rahmen der Kostenübernahme für Verhütungsmittel erhoben werden. Aufzeichnungen bei Schwangerschaftskonfliktberatungen werden anonymisiert ebenfalls 3 Jahre aufbewahrt (gemäß § 10 Abs. 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz). Anschließend werden die Daten gelöscht bzw. vernichtet.

Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i.S.d. DSGVO so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (Akteneinsicht), die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten, wenn die Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)

Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

Benachrichtigung bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Artikel 34 DSGVO)

Kommt es zu einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und hat diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, Tel. (030) 13889-0, Fax (030) 2155050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de